ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN
für Dienstleistungen der Firma Brand Services GmbH,
Schönblickstr. 19, 75233 Tiefenbronn

Stand: November 2022

Dienstleister: Brand Services GmbH

1. Geltungsbereich

Die nachfolgenden Geschäftsbedingungen gelten ausschließlich.

Entgegenstehende, hiervon abweichende und/oder ergänzende Bedingungen des Auftraggebers (AG) erkennt die Brand Services GmbH – nachstehend Dienstleister genannte – nicht an, es sei denn, der Dienstleister hat ausdrücklich schriftlich ihrer Geltung zugestimmt.

Die Geschäftsbedingungen des Dienstleisters gelten auch dann, wenn er in Kenntnis entgegenstehender, von seinen Geschäftsbedingungen abweichender und ergänzender Bedingungen des AG die Leistung an den AG kommentar- bzw. vorbehaltlos ausführt.

Die nachstehenden allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten für alle Rechtsgeschäfte des Dienstleisters mit dem AG.

Soweit einzelvertragliche Regelungen bestehen, welche von den Bestimmungen dieser AGB abweichen oder ihnen widersprechen, gehen die einzelvertraglichen Regelungen vor.

2. Vertragsgegenstand

- 2.1 Der Dienstleister erbringt Dienstleistungen im Einzelhandel.
Insbesondere Flächenbewirtschaftung der Verkaufsregale des Handels, die Warendisposition, den Verräumservice, die Durchführung von Umbaumaßnahmen und Erhebung und Verarbeitung von Daten zur Berechnung von verkaufsoptimierten Beständen am POS (Point of Sale).
- 2.2 Für die Abgaben der Sozialversicherung oder steuerliche Belange trägt der Dienstleister selbst Sorge und stellt den Auftraggeber von eventuellen Verpflichtungen frei.
- 2.3 Es steht dem Dienstleister frei, auch für andere Auftraggeber tätig zu werden.

3. Zustandekommen des Vertrages

- 3.1 Das Vertragsverhältnis für die Dienstleistungen kommt durch Erteilung eines Kundenauftrags durch den AG (Angebot) und dessen Annahme durch den Dienstleister zustande. Der AG ist an die Erteilung des Kundenauftrages (Angebot) zwei Wochen gebunden.
- 3.2 Der genaue Gegenstand des Vertrages bzw. die genaue Aufgabenbezeichnung ist im schriftlichen Auftrag beschrieben.

4. Mitwirkung des AG

Der AG teilt dem Dienstleister alle für die beauftragte Tätigkeit erheblichen Daten, Umstände und Verhältnisse mit. Der AG benennt gegenüber dem Dienstleister einen verantwortlichen

Ansprechpartner. Falls erforderlich, beauftragt der AG geeignete Mitarbeiter mit der Unterstützung des Dienstleisters bei der Umsetzung des Auftrags bezüglich der Umstände, die aus der Sphäre des AG stammen.

5. Vertragsdauer und Kündigung

- 5.1 Der Vertrag beginnt und endet am individuell vereinbarten Zeitpunkt.
- 5.2 Der Vertrag kann ordentlich gekündigt werden. Diesbezüglich wird eine Frist von drei Monaten zum Monatsende vereinbart.
- 5.3 Eine fristlose Kündigung aus wichtigem Grunde ist möglich. Ein wichtiger Grund liegt beispielsweise vor, wenn der AG mit zwei fälligen, aufeinander folgenden Zahlungen im Verzug ist und nach Ablauf einer angemessenen Nachfrist nicht leistet oder der AG nach Abschluss des Vertrages in Vermögensverfall gerät (Zahlungsunfähigkeit, Insolvenz), es sei denn, es wurde bereits ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt.

6. Leistungsumfang, Pflichten der Vertragspartner

- 6.1 Die vom Dienstleister zu erbringenden Leistungen umfassen in der Regel die detailliert aufgelisteten Aufgaben, gemäß dem vom AG erteilten Auftrag.
- 6.2 Der Dienstleister wird den AG in periodischen Abständen über das Ergebnis seiner Tätigkeit in Kenntnis setzen. Die Vertragspartner können im Vertrag einen Zeitplan für die Leistungserbringung und einen geplanten Endtermin für die Beendigung von Dienstleistungen vereinbaren.
- 6.3 Ist dem Dienstleister die vertraglich geschuldete Erbringung eines Auftrags tatsächlich nicht möglich, so hat er den AG unverzüglich darüber in Kenntnis zu setzen.
- 6.4 Der Dienstleister stellt die zur Leistungserbringung erforderlichen Gerätschaften und das nötige Personal, sofern der AG nicht über entsprechendes Gerät oder Räumlichkeiten verfügt, es sein denn individualvertraglich ist etwas anderes vereinbart.

Die Parteien sind bemüht, nach bestem Wissen und Gewissen den Vertragspartner bei der Erbringung der jeweiligen Verpflichtung durch Überlassen von Informationen, Auskünften oder Erfahrungen zu unterstützen, um einen reibungslosen und effizienten Arbeitsablauf für beide Parteien zu gewährleisten.

- 6.5 Jeder der Vertragspartner kann beim anderen Vertragspartner in schriftlicher Form Änderungen des vereinbarten Leistungsumfangs beantragen. Nach Erhalt eines Änderungsantrags wird der Empfänger prüfen, ob und zu welchen Bedingungen die Änderung durchführbar ist und dem Antragsteller die Zustimmung bzw. Ablehnung unverzüglich in Textform mitteilen und gegebenenfalls begründen. Erfordert ein Änderungsantrag des AG eine umfangreiche Überprüfung, kann der Überprüfungsaufwand hierfür vom Dienstleister bei vorheriger Ankündigung berechnet werden, sofern der AG dennoch auf der Überprüfung des Änderungsantrages besteht.

Ggf. werden die für eine Überprüfung und/oder eine Änderung erforderlichen vertraglichen Anpassungen der vereinbarten Bedingungen und Leistungen in einer Änderungsvereinbarung schriftlich festgelegt und kommen entsprechend diesen allgemeinen Geschäftsbedingungen zustande.

7. Vertraulichkeit

- 7.1 Soweit in den nachfolgenden Punkten nicht anders vorgesehen, sind sämtliche Informationen, die die Parteien miteinander austauschen, vertraulich zu behandeln.

- 7.2 Die Parteien verpflichten sich wechselseitig, dass sie vertrauliche Informationen
- a) vertraulich und mit der dazu erforderlichen Sorgfalt behandeln;
 - b) nur zu dem in der konkreten vertraglichen Beziehung vorgesehenen Zweck verwenden; und
 - c) nur so weit vervielfältigen, wie dies mit dem Vertragszweck vereinbar ist und dass sie angefertigte Vervielfältigungen ebenfalls vertraulich behandeln.

7.3 Als vertrauliche Informationen gelten nicht solche Informationen, hinsichtlich derer diejenige Partei, die die betreffenden Informationen erhalten hat, beweisen kann:

- a) dass die vertrauliche Information zum Zeitpunkt der Weitergabe öffentlich bekannt ist und dieser Umstand nicht auf ihr Fehlverhalten zurückzuführen ist;
- b) zu ihrer Kenntnis auf anderen Wegen als durch die andere Vertragspartei gelangt ist, ohne dass eine gegenüber letzterem unmittelbar oder mittelbar bestehende Pflicht zur Vertraulichkeit verletzt wurde und das rechtens war, dieser Information weiterzugeben;
- c) dass sie die vertrauliche Information eigenständig und ohne Verletzung dieser Vertraulichkeitsvereinbarung gewonnen hat;
- d) dass sie zur Weitergabe der Informationen gesetzlich oder durch behördliche/ gerichtliche Anweisung verpflichtet war.

In letzterem Falle hat die offenlegende Partei die andere Partei über die Weitergabe der Informationen zu unterrichten.

7.4 Jede Partei wird ihren Angestellten oder externen Beratern vertrauliche Informationen nur so weit zugänglich machen, als dies nach dem Vertragszweck erforderlich ist.

Zwischen den Parteien besteht Einverständnis darüber, dass keine Partei das Eigentum oder sonstige Nutzungsrechte an den vertraulichen Informationen der jeweils anderen Partei aufgrund der vertraglichen Vereinbarung oder sonstigen konkludenten Verhaltens erwirbt.

7. Höhere Gewalt

Soweit der Dienstleister an der Erfüllung seiner Verpflichtung durch den Eintritt unvorhersehbarer außergewöhnlicher Ereignisse gehindert wird, die er nicht zu vertreten hat und die er trotz der nach den Verhältnissen des Einzelfalles zumutbaren Sorgfalt nicht abwenden konnte, verlängert sich die etwaig vereinbarte Leistungszeit in angemessenem Umfang. Wird durch ein vorgenanntes Ereignis die Leistung unmöglich, so wird der Dienstleister von der Leistungsverpflichtung frei, ohne dass der AG vom Vertrag zurücktreten oder Schadensersatz verlangen kann. Treten die vorgenannten Hindernisse bei dem AG ein, so gelten die gleichen Rechtsfolgen auch für seine Abnahmeverpflichtung.

Die Vertragspartner sind verpflichtet, dem anderen Teil Hindernisse der vorbezeichneten Art unverzüglich mitzuteilen.

8. Preise und Zahlungsbedingungen

- 8.1 Es gelten die zwischen den Parteien individuell vereinbarten Preise. Die im Angebot genannten Preise und Reisekosten verstehen sich zuzüglich der jeweils gültigen, gesetzlichen Mehrwertsteuer.
- 8.2 Es werden nur die tatsächlich erbrachten Leistungen in Rechnung gestellt.

- 8.3 Reisekosten werden separat abgerechnet zuzüglich der jeweils gültigen, gesetzlichen Mehrwertsteuer. Sofern diese nicht anders vereinbart wurden, werden folgende Positionen in Rechnung gestellt:
- Reisezeit mit dem vollen Stundensatz
 - Kosten für Übernachtung (bis 150,- € in Deutschland), sofern diese nicht im Vorfeld vom AG bezahlt werden.
 - Anfahrt mit dem PKW mit 0,50 € pro tatsächlich im Auftrag des AG gefahrenem Kilometer.
 - Anfahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder Parkplatzgebühren nach Aufwand.
 - Spesensätze gemäß aktueller Gesetzgebung. Sobald die Dreimonatsregel gemäß § 9 IV, a, Satz 6 EstG eintritt, wird der doppelte Spesensatz geltend gemacht.
- 8.4 Die erbrachten Leistungen werden immer zum Monatsende in Rechnung gestellt. Die Zahlung der Leistungen hat innerhalb von 14 Tagen ohne Abzug nach Rechnungsempfang zu erfolgen.
Bei Zahlungsüberschreitung behält sich der Dienstleister vor, Verzugszinsen in Höhe des Basiszinssatzes gem. § 247 BGB plus 9% ab der zweiten Mahnung geltend zu machen. Sollten Zahlungen ab der zweiten Mahnung weiterhin zurückgehalten werden, behält sich der Dienstleister vor, die weitere Leistungserbringung umgehend einzustellen.
Die Geltendmachung weiterer Schäden und Rechte im Fall des Verzugs bleibt unberührt.

9. Haftung

- 9.1 Der Dienstleister haftet in Fällen des Vorsatzes oder der groben Fahrlässigkeit nach den gesetzlichen Bestimmungen. Die Haftung für Garantien erfolgt verschuldensunabhängig. Für leichte Fahrlässigkeit haftet der Dienstleister ausschließlich nach den Vorschriften des Produkthaftungsgesetzes, wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit oder wegen der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten. Der Schadensersatzanspruch für die leicht fahrlässige Verletzung wesentlicher Vertragspflichten ist jedoch auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt, soweit nicht wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit gehaftet wird. Für das Verschulden von Erfüllungsgehilfen und Vertretern haftet der Dienstleister in demselben Umfang.
- 9.2 Die Regelung des vorstehenden Absatzes (9.1) erstreckt sich auf Schadensersatz neben der Leistung, den Schadensersatz statt der Leistung und den Ersatzanspruch wegen vergeblicher Aufwendungen, gleich aus welchem Rechtsgrund, einschließlich der Haftung wegen Mängeln, Verzugs oder Unmöglichkeit.

10. Salvatorische Klausel

Die rechtliche Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen der vorstehenden Bedingungen lässt die Wirksamkeit der übrigen Bedingungen oder Vereinbarungen unberührt. Wird gerichtsseitig die Nichtigkeit oder Rechtswidrigkeit einzelner Vertragsbestimmungen, auch durch Gesetzesänderungen, festgestellt, so wird dadurch die Rechtsgültigkeit des gesamten Vertragswerks nicht berührt. Vielmehr ist die nichtige oder geänderte Bestimmung so auszulegen, wie gesetzlich möglich, dem Ziel der ursprünglichen Bestimmung folgend.

11. Schriftform

Mündliche Nebenabreden existieren nicht.
Neben- und Zusatzabreden sind nur gültig, wenn sie vom Dienstleister schriftlich bestätigt werden.

12. Gerichtsstand

Für die Geschäftsverbindung zwischen den Parteien gilt ausschließlich deutsches Recht. Hat der AG keinen allgemeinen Gerichtsstand in Deutschland oder in einem anderen EU-Mitgliedstaat, ist ausschließlich Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus diesen allgemeinen Geschäftsbedingungen der Geschäftssitz des Dienstleisters.

Tiefenbronn, November 2022

Brand Services GmbH